



Russland: Aktuelle innen- und außenpolitische Entwicklungen

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

Juli 2016

Zusammenfassung

Im Juni 2016 entwickelte der angesehene Moskauer Politologe Nikolaj Petrow verschiedene politische Szenarien zur weiteren Entwicklung Russland. Die Wahl des russischen Parlaments ist auf den 18. September vorverlegt worden, weil im Herbst 2016 unpopuläre Entscheidungen über Budgetkürzungen anstehen. Außerdem dürfte Präsident Wladimir Putin einen außenpolitischen Kurswechsel von der Konfrontation mit dem Westen in Richtung Entspannung ankündigen, bei dem scharfe Erklärungen in Richtung Westen stören würden, die bei einem Staatsdumawahlkampf nicht zu vermeiden gewesen wären. Petrow schließt einen Rücktritt Putins als Präsident und die Präsentation seines Wunschkandidaten für die Präsidentennachfolge und dessen vorgezogene Wahl nicht aus.

Im ersten Halbjahr 2017 wird der Reservefonds aufgebraucht sein.

In den Regionen sind wachsende politische und wirtschaftliche Spannungen festzustellen.

Der von Putin im August 2014 nach Moskau zurückbeordnete Haupttreiber der Krim-Annexion und des Krieges in Ostukraine, Igor Strelkow, der politisch rechts von Putin steht, kündigte in einem Interview mit der britischen Zeitung „Guardian“ am 5. Juni 2016 den baldigen Untergang Putins an.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Politische Szenarien

Am 21. Juni 2016 entwickelte der bekannte und angesehene russische Politikwissenschaftler Nikolaj Petrow, der früher viele Jahre beim Carnegie-Zentrum für politische Forschungen in Moskau gearbeitet hatte, in einem Interview in der „Nesawissimaja gaseta“ („Unabhängige Zeitung“) verschiedene politische Szenarien.¹ Für die Vorverlegung der Staatsdumawahl vom regulären Dezemberdatum auf den 18. September nannte er drei Gründe: Der erste Grund betrifft die Legitimität auf zweifache Weise: Auf der einen Seite möchte die Staatsmacht eine hohe Unterstützung erreichen in einer Situation, in welcher der Kreml versteht, dass er neue militärische Siege nicht erringen kann und in der das Rating der Macht zu sinken beginnt. Auf der anderen Seite gründet die neue militärische Führungslegitimität heute auf dem Fundament des politischen Systems, das keine relativ autonomen Akteure dulden kann, die ihre eigene Wahllegitimität haben. Eine Staatsduma ist zu wählen, aber ohne besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten, mit einer niedrigen Wahlbeteiligung und einer niedrigen Legitimität. Das ist wohl meiner Meinung nach zu erreichen, wenn der Wahlkampf und der Wahltag in die Sommermonate verlegt werden.

Der zweite Grund besteht im unausweichlichen scharfen Wechsel der Finanzpolitik. Das Budget, das im Herbst verabschiedet werden muss, wird notgedrungen eine schmerzliche Variante für eine große Masse der Wähler sein, weil die Wahrung der „militärischen, sozialen und Pensionsausgaben“ auf derselben Art und Weise – wie gegenwärtig – nicht möglich sein wird. Es stehen unpopuläre Entscheidungen bevor, weswegen es besser ist, die Duma vorher zu wählen, die dann die unpopulären Entscheidungen annehmen wird.

Drittens ist ein möglicher Wechsel im Kurs der Außenpolitik ins Auge zu fassen, ein Ausweg aus der Konfrontation mit dem Westen. Es ist „offensichtlich, dass die Krise nicht endet, dass man gleichzeitig mit dem niedrigen Ölpreis und den Sanktionen des Westens leben muss, was schwerer und schwerer fällt“. Petrow wertete die Amnestie von Nadija Sawtschenko und anderer Personen durch Präsident Wladimir Putin sowie weitere positive Signale an den Westen als Anzeichen dafür, dass der Kreml nach der Wahl eine wesentliche Änderung in der Außenpolitik ankündigen wird, dass „an Stelle der Variante des Kalten Krieges eine neue Version der Entspannung“ vorgeschlagen wird. Wenn das so geschieht, sollte kein Wahlkampf sein, dürften keinerlei scharfe Erklärungen in Richtung Westen erfolgen.

Zum ersten Mal seit 2003 wurde wieder ein gemischtes Wahlsystem eingeführt. Infolge der Wirtschaftskrise verlieren die Menschen das Vertrauen in die Eliten, weshalb sich die Werte für „Einiges Russland“ verschlechtern. Bei der bevorstehenden Wahl dürfte die Machtpartei bei der Listenwahl 50 % der Stimmen bekommen. Wenn die in den Direktwahlkreisen gewonnenen Mandate addiert werden, wird die Fraktion der Staatsduma eine Stärke von 65 bis 75 % erreichen. Um Direktwahlmandate gewinnen zu können, müssen seriöse und konkurrenzfähige Kandidaten aufgestellt werden. Zudem sind die Wahlkreise so zugeschnitten worden, um das Elektorat in den Großstädten zu neutralisieren.

Bezüglich der weiteren Entwicklung Russlands entwickelt Petrow zwei Varianten: Erstens: Putin nimmt nicht an der nächsten Präsidentenwahl teil, aber er unterstützt den von ihm ausgesuchten Kandidaten, der die Rolle des Führers der Nation übernimmt. Seine Führerschaft wird nicht durch die Teilnahme an konkreten Wahlen dem Zweifel unterworfen, wobei unklar ist, auf welche formale Grundlage sich dessen Führerschaft stützt. Diese

¹ http://www.ng.ru/ng_politics/2016-06-21/9_putin.html



Variante – so meine Interpretation, wenn ich sie richtig verstehe – würde bedeuten, dass Putin zugunsten des von ihm ausgesuchten Kandidaten vorzeitig vom Präsidentenamts zurücktritt, ähnlich wie Ende 1999 Boris Jelzin, um den von ihm gewünschten Nachfolger zu installieren.

Die zweite Variante, für meine Begriffe der zweite Schritt, denn er schließt den vorhergehenden nicht aus, sondern setzt ihn eigentlich voraus: Auf irgendeine Weise wird versucht, die Legitimität des neuen Führers und des gewählten Führers – also eigentlich Putins – möglicherweise nach der Staatsdumawahl in Einklang zu bringen. In der Konfrontation zum Westen hat Russland gesiegt und der ganzen Welt demonstriert, dass Russland in die Rolle einer Großmacht zurückgekehrt ist. Nun erfolgt die Konzentration auf die innenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme. Der Präsident legt ein Programm vor, über das er die Wähler abstimmen lässt. Diese Rückkehr zu konkreten Wahlen in Form eines Plebiszits zur Unterstützung des Führers und seines Programms erlaubt der Macht die mögliche Rückkehr zur Legitimität durch Wahlen.

Es bestehen verschiedene Gabelungsmöglichkeiten nach der Staatsdumawahl: Wird Dmitrij Medwedew in die Staatsduma einziehen als Führer der Partei „Einiges Russland“, welche die meisten Mandate bekommen hat? Oder ist die Variante wahrscheinlicher, dass es gestattet wäre, die Regierung zu ändern vor dem Ablauf der Amtszeit des Präsidenten – der Premier und mit ihm die Regierung sind an die Amtszeit des Präsidenten gebunden, nicht an die Legislaturperiode der Staatsduma – und eine Regierung zu bilden, die sich mit dem Ausweg aus der Wirtschaftskrise befasst? Es gibt verschiedene Anzeichen dafür, die es erlauben, auf eine radikale Kehrtwendung zu hoffen, von der Konfrontation mit dem Westen zur Entspannung. Petrow nennt den Wechsel von Wladimir Tschurow zu Ella Pamfilowa im Vorsitz der Zentralen Wahlkommission, einige Stabilisierungsschritte in der Ostukraine, die Beauftragung von Alexej Kudrin mit der Ausarbeitung einer Wirtschaftsstrategie usw. Das alles zeigt Petrow, dass sich die Macht mehr darüber sorgt, wie Russland im Westen aussieht als bei einigen liberalen Wählern. Daher ist die Wahrscheinlichkeit der Ankündigung einer neuen Entspannung und vorgezogener Präsidentschaftswahlen nicht zu vernachlässigen.

Petrow geht davon aus, dass es zu einer vorgezogenen Präsidentenwahl kommen wird, denn man kann die Situation der Legitimitätsfalle, die Petrow oben beschrieb, nicht noch zwei Jahre ausdehnen. (Die nächste ordentliche Präsidentenwahl würde im Jahr 2018 stattfinden.) Die gegenwärtige Legitimität Putins durch nichts zu unterstützen, ist eher problematisch. Eine große Rolle spielt der außenpolitische Faktor: die Präsidentenwahl in den USA, die Stabilität der Europäischen Union usw. Es ist spürbar, dass sich in den letzten Monaten die Tonalität, die Erklärungen der Macht, die Propaganda geändert haben. Russland lebt in einem Standby-Modus.

Eine Erhöhung der Repression kann das Regime nicht lange durchhalten, denn dies würde zur Selbsterstörung des Regimes führen. Die besten Möglichkeiten bestehen heute darin, den Sieg zu fixieren und die Propagandamaschine umzudrehen und darauf zu richten, aus der Konfrontation mit dem Westen herauszukommen. Die größten Sorgen des Kreml betreffen heute nicht Massenprotesten der Bürger, sondern die wachsende Spannung und die Ungleichgewichte in den Eliten. Keine Gewährleistung von Wirtschaftswachstum, das Anziehen der Schraube und die Verstärkung der Propaganda im Geiste einer belagerten Festung können die Spannungen nicht nehmen, sondern umgekehrt, sie verstärken diese.

Die bevorstehende Staatsdumawahl ist nicht in vollem Maße im Interesse der regionalen Eliten, aber sie stellt eine sehr wichtige Bedingung für die Wiederherstellung der Systemkapazität dar und dient nicht einfach nur zur Unterstützung der relativen Stabilität, das System einem Zustand der Ruhe zu halten. Die Wahlen können die Funktion der Koordinierung der einzelnen Teile des Systems haben und die regionalen Interessen im Entscheidungsprozess auf der föderalen Ebene berücksichtigen oder zumindest der negativen regionalen Auswir-



kungen bestimmter Entscheidungen. Ohne dies kann sich das System in keine Richtung bewegen. Die Liberalisierung oder die Bewegung in Richtung eines mehr repressiven Modells erfordern die Eliminierung der Dysfunktionen, die wir heute im System haben, in erster Linie in den Beziehungen des Systems zu den Regionen.

Reservefonds im 1. Halbjahr 2017 aufgebraucht

Am 30. Juni 2016 wurde bekannt, dass der russische Reservefonds im ersten Halbjahr 2017 aufgebraucht sein wird.² Die Regierung hat ihm jährlich 2 Bill. Rubel (rund 28 Mrd. €) entnommen. Im Januar 2017 werden noch 900 Mrd. Rubel (12,7 Mrd. €) im Fonds sein. Laut Standard & Poor's haben sich die Hoffnungen der Regierung auf Erlöse aus der Privatisierung von Staatsunternehmen nicht erfüllt. Finanzminister Anton Siluanow teilte am 29. Juni im Föderationsrat mit, dass das Budgetdefizit mit 420 Mrd. Rubel (5,9 Mrd. €) größer sein wird als ursprünglich angenommen. Als einziger Ausweg werden kurzfristige Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen genannt.

Basierend auf den Erfahrungen mit der Rubelkrise 1998 war 2004 für den Fall absinkender Weltmarktpreise für Öl ein Stabilisierungsfonds geschaffen worden. Das russische Budget wird zu 44 % aus den Öleinnahmen und zu 6 % aus den Erlösen aus dem Export von Gas finanziert, wobei der Gaspreis – mit einer jährlichen Verzögerung – an den Ölpreis gebunden ist. 2008 wurde der Fonds in zwei Fonds aufgeteilt, in den Reservefonds und in den Wohlfahrtsfonds. Die Einzahlungen in den Reservefonds betragen bis zu 7 % des für das laufende Jahr prognostizierten Bruttoinlandsprodukts. Wenn darüber hinausgehende Mittel aus dem Verkauf von Öl und Gas anfallen, werden sie in Wohlfahrtsfonds eingezahlt. Aus dem Reservefonds werden Staatsausgaben finanziert, der Wohlfahrtsfonds dient der Finanzierung von nationalen Wohlfahrtsprojekten, vor allem der Absicherung des Pensionsfonds. Der Reservefonds ist Teil des föderalen Haushalts und wird vom Finanzministerium verwaltet.

Wachsende politische und wirtschaftliche Spannungen in den Regionen

Am 15. Juni 2016 berichtete die Zeitung „Wedomosti“ über die Zunahme der politischen und wirtschaftlichen Spannungen in den Regionen.³ Sie stützt sich dabei auf den „Index sozio-ökonomischer und politischer Spannungen“ des vom ehemaligen Stellvertretenden Regierungschef und Finanzminister Alexej Kudrin gegründeten Bürgerkomitees vom November 2015, der am 14. Juni 2016 veröffentlicht wurde.⁴ Die Autoren Alexander Kinjew, Nikolaj Petrow und Alexej Titkow sind Experten des Bürgerkomitees und zugleich Professoren bzw. Dozenten an der Staatlichen Universität-Hochschule für Wirtschaft in Moskau.

Bei der Analyse der innenpolitischen Situation wurden die Faktoren institutioneller Aufbau, administrative Stabilität sowie Konflikte und Inhomogenität der Eliten ausgewertet. Den sozio-ökonomischen Faktor bilden die Variablen Haushaltssituation und Zustand des öffentlichen Sektors. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass 2015 die politischen und ökonomischen Spannungen zunahmen. Im sozio-ökonomischen Bereich wurde eine Abnahme der Investitionen und des Einzelhandelsumsatzes festgestellt, die Haushaltsschulden nahmen zu und die Realeinkommen sanken.

Die Hauptfaktoren der politischen Spannungen bilden der nicht balancierte und nicht konkurrenzfähige politische Aufbau, die ihn charakterisierende abnehmende Stabilität der administrativen Elite und die Verringerung

² http://www.ng.ru/economics/2016-06-30/1_res_fond.html

³ <https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2016/06/15/645361-rossiiskih-regionah>

⁴ https://drive.google.com/file/d/0Bwf1q8m_RQgMcUxiYUI2cURQS1k/view?pli=1



der Rechte der Opposition in den gesetzgebenden Volksvertretungen. Das ist der Hintergrund für die Zunahme von Protestaktionen mit sozio-ökonomischer Thematik.

Die Zunahme aller Formen von Spannungen stellten die Experten in sieben Föderationssubjekten fest, in der Stadt Moskau, in der Region Krasnodar, in der Republik Udmurtien und in den Gebieten Pensa, Uljanowsk, Tscheljabinsk sowie Irkutsk. In Moskau gibt es eine Fülle von Konflikten zwischen der Stadt und dem Business und der Zivilgesellschaft sowie eine hohe Protestaktivität, die mit den Umweltproblemen in der Stadt und Kürzungen im Sozialbereich zusammenhängt.

Der Politologe Nikolaj Petrow kommt zu dem Ergebnis, dass das russische politische System in einer anderen sozio-ökonomischen Zeit geschaffen worden ist und den heutigen Herausforderungen nicht mehr entspricht. Gegenwärtig gehe die Bewegung in eine gegenteilige Richtung. Hartnäckig würden Reformen realisiert wie z.B. in der kommunalen Selbstverwaltung, die in Zeiten der Stabilität nicht gefährlich wären, aber in Zeiten der Krise verschärfen sie die Situation. Zusammenfassend stellt er fest, dass sich das politische Design in Richtung Vereinfachung und Nicht-Balance bewegt.

Ehemaliger Separatistenführer Strelkow prophezeit Putins Untergang

Der ehemalige Verteidigungsminister der „Republik Donezk“ und Haupttreiber der Annexion der Krim und des Krieges in der Ost-Ukraine, Igor Strelkow, der mit seiner „Gesamtrussischen nationalen Bewegung“ rechts von Putin steht, prophezeite in einem Interview mit der britischen Zeitung „Guardian“ am 5. Juni 2016 Präsident Wladimir Putins Untergang. Dass Strelkow am 24. März 2016 auf dem Moskauer Wirtschaftsforum mit über 3.000 Teilnehmer, darunter hohen Gäste aus dem Ausland, bei der Abschlussdiskussion mit auf dem Podium sitzen und reden durfte, was im Programm ursprünglich gar nicht vorgesehen war, lässt auf einen gewissen politischen Einfluss schließen.⁵

Strelkow sagte in dem Interview mit der britischen Tageszeitung „Guardian“: „Putin und sein Zirkel haben kürzlich Schritte unternommen, die meiner Meinung nach zu einem Kollaps des Systems führen. Wir wissen noch nicht, wann es geschehen wird, aber wir sind sicher, dass es zusammenbrechen wird, wahrscheinlich früher als später.“ Strelkow, der eigentlich Girkin heißt, wirft Putin vor, dass er nach der Annexion der Krim nicht weitergemacht hat, sondern im entscheidenden Moment „gezittert“ habe aus Angst, die Beziehungen zum Westen zu zerbrechen.

Am 28. Mai 2016 hatte die „Gesamtrussische nationale Bewegung“, die Strelkow leitet – er führt auch die „Bewegung Neurussland“ –, eine programmatische Erklärung veröffentlicht, die für eine Vereinigung der Russischen Föderation, der Ukraine, von Belarus und der anderen „russischen Erde“ in einem russischen Saat eintritt und die Verwandlung des gesamten Territoriums der ehemaligen UdSSR in eine „bedingungslose russische Einflusszone“ fordert, wobei eine besondere Bedeutung dabei dem „nationalen Befreiungskrieg in Neurussland“ zukomme.⁶

Hinsichtlich des politischen Systems will die Bewegung Instrumente zur gesellschaftlichen Kontrolle schaffen, um die Fälschung von Wahlen abzuschaffen. Ferner soll die Unabhängigkeit der Justiz wieder hergestellt werden, denn gegenwärtig stempeln sie nur unrechtmäßige Urteile ab. Staatszerfall und Anarchie würden mit dem

⁵ <https://www.theguardian.com/world/2016/jun/05/russias-valiant-hero-in-ukraine-turns-his-fire-on-vladimir-putin>

⁶ <http://novorossia.pro/25yanvarya/1942-politicheskaya-deklaraciya-obscherusskogo-nacionalnogo-dvizheniya-pod-rukovodstvom-igorya-strelkova.html>

Zusammenbruch des Rechtssystems beginnen. Die Bewegung sichert die Einhaltung der „Freiheiten des Denkens, des Wortes, der Masseninformatiön“, der Versammlungsfreiheit und der Vereinigungsfreiheit zu, aber auch des „Rechts auf Waffen und Selbstverteidigung“.

In einem Interview erklärte Strelkow in der Internetzeitung ZNAK am 3. Juni 2016, dass der Krieg mit der Ukraine gewonnen werden müsse, denn „im Falle, dass er verloren wird, verlieren wir nicht nur in der Ukraine, sondern überall“.⁷ Er sehe die krisenhafte Situation im Lande und könne nicht bei Seite stehen. „Wir werden auf friedlichem Wege um die Macht kämpfen und generell um die Macht kämpfen.“ Weiter führte Strelkow aus, dass das derzeitige Regime zum „Scheitern verurteilt ist, es wird sich selbst verschlingen“. Er sei Zeuge der Selbstzerstörung eines Regimes, das nicht bereit sei, sich zu ändern. Es zerbreche auf der Ebene der Wirtschaft, der Politik, sogar in der Machtvertikale.

Strelkow betont, dass es nicht seine und seiner Bewegung Aufgabe sei, das Regime zu stürzen. Wenn das Regime zu fallen beginne, hätten sie die Kraft, das Land zu retten. Sie seien entschlossen, sich dem derzeitigen Regime nicht zu widersetzen, aber das Land vor einer Katastrophe zu retten und in eine neue politische Zukunft zu führen. Er wolle in einer Krisensituation die Macht übernehmen. Eine andere Variante, die Macht zu übernehmen, existiere einfach nicht. „Alle Wahlen sind einfach Fiktion und Profanierung seit Anfang der 90er Jahre.“

Strelkow gab sich davon überzeugt, dass Kiew eine russische Stadt ist und dass Russland ohne Kiew nicht Russland ist, aber die Russische Föderation, doch diese ist nicht Russland.

Anmerkung: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und ist erstmalig im Juli 2016 als Newsletter „Russland intern aktuell“ Nr. 86 des Deutsch-Russischen Forums Berlin erschienen.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

⁷ https://www.znak.com/2016-06-03/igor_strelkov_o_svoih_politicheskikh_planah_oshibkah_kremlya_i_novoy_deklaracii